Leserland

SA/SO, 23./24. APRIL 2022 Trierischer Volksfreund

Anne Spiegel: Der Fall einer Über-Ministerin

Spiegel-Rücktritt

Zu den Artikeln "Die Geschichte eines unfreiwilligen Abgangs", "Das Aus für Anne Spiegel: ein überfälliger Rückzug" (beide TV vom 12. April) und anderen Texten:

Als Ministerin war Frau Spiegel aus meiner Sicht immer schon umstritten – allerdings gebraucht in einer durch Machtkalkül zusammengehaltenen rheinland-pfälzischen Landesregierung. Trotzdem ließ man sie im Januar 2021 ein weiteres Ministerium in Mainz übernehmen – neben der Spitzenkandidatur im gleichzeitig stattfindenden Wahlkampf.

Viel im politischen Tagesgeschäft für einen Einzelnen - das Narrativ der alles regelnden Übermutter war geboren - zumal in einer Pressemitteilung noch vor der Übernahme des Umweltministeriums verbreitet wurde, dass ihre Kinder ihr zugesagt hätten, dass sie das schaffe. Kinder im bis maximal höheren Grundschulalter, die die belastende Dimension solchen Tuns nicht erfassen können. Vom zuhause für die Familie tätigen Ehemann war darin nicht die Rede. Nach der Flut im Ahrtal kam später ans Licht, dass das "Wording" in Bezug auf ihre Person und ihr politisches Überleben von zentraler Bedeutung war. Vor dem rheinlandpfälzischen Untersuchungsausschuss sollte das noch professionell weggelächelt werden. Nun aber das scheibchenweise veröffentlichte Eingeständnis, dass man angesichts der damaligen Ereignisse vier Wochen Familienurlaub in Südfrankreich machte.

Diesen auf einmal dringend erforderlichen Familienurlaub vorzuschieben und auch die vor drei (!) Jahren erfolgte Erkrankung des Ehemanns anlässlich eines Schlaganfalls – die bisher scheinbar nicht als Karrierehindernis herhalten musste – ist mehr als fragwürdig. In Pressekonferenzen dann auch noch großmütig mit "Entschuldigungen" davonkommen zu wollen, lässt tief blicken in das Menschenund Amtsverständnis, aber auch das Karrierebewusstsein von Frau Spiegel.

Und in Rheinland-Pfalz? Eine nur nach außen hin mütterlich wirkende Ministerpräsidentin hat ihren Urlaub nach den schlimmen Ereignissen im Ahrtal nicht angetreten das war angemessen und pflichtbewusst. Ihr durch manche Erfahrung gestählter politischer Instinkt hat ihr frühzeitig signalisiert, dass im Handeln ihrer politisch verantwortlichen Kabinettsmitglieder Sprengstoff enthalten sein könnte. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt, dass die Empfehlung für ihre Stellvertreterin zu höheren politischen Weihen in Berlin uneigennützig war. Ein für das rheinland-pfälzische Machtgefüge gefährlicher Teil des politischen Eklats findet jetzt weitab von den Niederungen heimischer Politik statt.

Wilfried Krebs, Eppenrod

Papst soll nach Kiew reisen

Steinmeier-Ausladung

Zum Artikel "Kiew-Reise von Bundespräsident Steinmeier ist geplatzt" (TV vom 13. April):

Ich bewundere und mache einen Knicks vor Ursula von der Leyen. Sie hat Mut und reist nach Kiew. Da sollte sich der Papst mal ein Beispiel dran nehmen. Er müsste ein Zeichen setzen. Wovor hat er Angst? Ich wünsche mir, dass er nach Kiew reist und für den Frieden appelliert.

Gilla Schommer, Welschbillig

War der "Fußtritt" ein Fehltritt?

Das Verhältnis zwischen Ukraine und Deutschland ist derzeit alles anderes als ungetrübt. Die Deutschen entscheiden zu zögerlich, liefern zu wenig Waffen und halten mit ihren Öl- und Gaskäufen Putins Kriegsmaschinerie am Laufen, heißt es aus Kiew. Ukraine-Chef Wolodymyr Selenskyj macht aus seinen Gefühlen keinen Hehl. Seinen Ärger bekam jüngst Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier zu spüren, als dieser nach Kiew reisen wollte und regelrecht ausgeladen wurde. Selenskyi war zudem wohl die frühere Russland-Politik Steinmeiers und die Tatsache, dass dieser Nord Stream 2 mit angeschoben hatte, ein Dorn im Auge. In Deutschland reagiert man unterschiedlich auf diesen Affront. War dieser "Fußtritt" Selenskyjs ein Fehltritt, wie das unsere Karikatur andeutet? Schließlich fließt aus Deutschland auch Geld und humanitäre Hilfe. KARIKATUR ROLAND GRUNDHEBER



Ukrainische Führung überschreitet rote Linie Steinmeier-Ausladung

Zum Artikel "Kiew-Reise von Bundespräsident Steinmeier ist geplatzt" (TV vom 13. April):

Ich verurteile ganz entschieden den verbrecherischen Angriffskrieg Putins gegen die Ukraine. Aber was sich die ukrainische Führung jetzt erlaubt, überschreitet die berühmte rote Linie.

Es ist eine Brüskierung des deutschen Bundespräsidenten. Ihn als unerwünschte Person in Kiew nicht empfangen zu wollen, ist letztlich auch eine Brüskierung ganz Deutschlands. Der Bundespräsident gibt ja offen zu, Putin und die russische Politik in der Vergangenheit falsch einge-

schätzt zu haben – das ist wohl Ex-Bundeskanzlerin Merkel und anderen europäischen Politikern ähnlich gegangen. Ihn deshalb so zu demütigen, ist bei aller Sympathie für die Ukraine nicht akzentabel.

Deutschland war schon vor dem Krieg zweitgrößter Geldgeber für die Ukraine nach den USA gewesen. Deutschland liefert auch im Rahmen der EU dem Land Waffen und Munition. Deutschland nahm bisher mehr als 300.000 ukrainische Flüchtlinge auf, gibt ihnen Schutz und ein Dach über dem Kopf, bietet ihnen eine Rundumversorgung – auch mit Geldleistungen, gewährt ihnen kostenlose ärztliche Behandlung

und nimmt ukrainische Kinder in Kitas und Schulen auf. Alles ein Pappenstiel? Trotzdem hört man vom ukrainischen Botschafter und Präsident Selenskyj immer lauter werdende Forderungen (nicht Bitten) nach schweren Waffen und Kampfjets. Leider schließen sich die bisher so pazifistischen Grünen diesen Forderungen an. Auf welchem Recht fußen diese Forderungen? Ist Deutschland etwa aufgrund historischer Schuld wegen der Naziverbrechen im Zweiten Weltkrieg in der Ukraine nach nunmehr fast 80 Jahren zur Lieferung des verlangten Kriegsgeräts verpflichtet? Die Lieferung derartiger Waffen

käme einem faktischen Kriegsbeitritt Deutschlands gefährlich nahe. Wollen denn die Grünen ein solches Risiko eingehen? Auch wenn man Verständnis für die Ukraine haben kann, weil sie um ihre Existenz kämpft, ein solcher diplomatischer Affront gegenüber dem Bundespräsidenten hat nur einen Profiteur: Putin! Ich als ehemaliger Kriegsflüchtling spüre, wie ein gewisser Ärger gegen die ukrainische Führung in mir hochsteigt, und ich kann nur hoffen, dass es nicht zu einem allgemeinen Stimmungsumschwung gegen die Ukraine in Deutschland kommt.

Leopold Pschebizin, Bernkastel-Kues

Krieg erinnert an brutalste Geschehnisse der Vergangenheit Ukraine

rer Mosaikstein hinzugefügt zu

Zu den Artikeln "Immer mehr russische Gräueltaten" (Trierischer Volksfreund vom 11. April), "Die Furcht vor dem nächsten Angriff wächst" (Trierischer Volksfreund vom 9. April) und anderen Artikeln:

Der Glaube daran, dass Kriege keine Lösungen bringen, wird zurzeit in der Ukraine auf dem Schlachtfeld ausgetragen. Putins Kriege in Moldau, Tschetschenien, die Annexion der Krim und des Donbass sind wohl schon vergessen. Nun ist die Ukraine an der Reihe, um Putins territorialen Gebietsansprüchen als weitewerden. Scheinbar handelt Putin nach dem Motto: Handeln kann Nachdenken ersetzen. Aber dieses Handeln ist riskant, weil es dem Nachdenken vorauseilt In Russland ist Putin der Platzhirsch, der aber damit rechnen muss, von allen Seiten bedrängt zu werden. Ich gehe davon aus, dass er weiß, dass er als Alpha-Tier und Platzhirsch unausweichlich auch der nächste Verlierer sein wird. Solange sich die Säulen seiner Macht - Militär, Polizei und Medien - zu ihm stehen, kann er sich behaupten.

Aus dieser Position der Stärke

konnte er wohl der Versuchung nicht widerstehen, die Ukraine mit Gewalt dahin zu stoßen, wo er sie gerne haben möchte. "Mit Panzern Fakten schaffen" war seine Devise.

Der Westen schreckte auf. Das Schiff Europa war aus meiner Sicht für stürmische Zeiten nicht gerüstet.

Die Brücke war besetzt von Politikern, die Putin hofiert haben, der wiederum mit seinem Großmachtgehabe Russland an das frühere Kraftfeld des Kontinents führen wollte. Damals hatte die Zwangsvereinigung "Warschauer Pakt" vor allem die eigenen

Mitglieder angegriffen. Der Krieg in der Ukraine ist spektakulär, erhitzt Gemüter, produziert Elend, aber vor allen Dingen Schlagzeilen und Bilder, die Europa an die brutalsten Geschehnisse der zurückliegenden Jahrzehnte erinnern. Die Kamera zeigt kein Heldentum und kein Feld der Ehre. Sie erinnert nur an ein noch größeres Elend wie zum Beispiel Sedan, Verdun, Stalingrad oder Hiroshima.

Heinz Erschens, Kell

Produktion dieser Seite:
Ilse Rosenschild/Ulrike Löhnertz

Mit Maß und Ziel

Zum Leserbrief "Keine Sprachpolizei erforderlich" (TV vom 13. April):

Dem genannten Leserbrief kann ich in allen Punkten zustimmen und ihn um ein paar Gedanken ergänzen:

1) Zum gendergerechten Gebrauch unserer Sprache mag man stehen wie man will. Nach meinem Dafürhalten allerdings versucht eine eher linksorientierte "Sprachpolizei", dem unbedarften Sprecher einen ideologisch verschwurbelten Sprachgebrauch zu oktroyieren, den man unter dem Deckmantel der political correctness zum "Mainstream" erklärt und den bitte alle für verbindlich akzeptieren sollen beziehungsweise müssen. Sicherlich gebieten Gleichberechtigung und auch Anstand eine Abkehr von althergebrachten, patriarchalisch geprägten Sprachmustern, aber bitte mit Maß und Ziel! Denn mit "Gästin", "Vorständin" oder "Leutnantin" kann eben nicht mehr jede/r etwas anfangen. Somit fühlen sich viele Menschen in ihrer gewohnten Sprache völlig verunsichert, schweigen dann im Zweifelsfalle lieber und kommen zu der Einschätzung, nicht mehr sprechen zu dürfen, wie man/Frau(?) es gelernt hat.

2) Lediglich negativ besetzte Begriffe wie "Verbrecher", "Steuerhinterzieher", "Raser", "Falschfahrer", "Terrorist" (die Reihe ließe sich beliebig fortsetzen) werden selten bis nie gegendert. Soweit soll die sprachliche Emanzipation dann wohl doch nicht gehen – oder?!

Hermann Igel, Konz

WWW

Weitere Leserbriefe finden Sie unter der Internet-Adresse www.volksfreund.de

Als Missbrauchsbeauftragter untragbar Opfer-Outing

Zu den Artikeln "Wenn der Bischof noch einmal ihren echten Namen nennt, droht ihm eine Strafe" (TV vom 6. April) und "Nach Opferenttarnung: Rücktrittsforderungen gegen Trierer Bischof Stephan Ackermann" (TV vom 8. April):

Stephan Ackermann, Bischof von Trier und Missbrauchsbeauftragter der Deutschen Bischofskonferenz, löst das Pseudonym von Frau Karin Weißenfels auf, die, wie es den Anschein hat, seit Ende der 1980er Jahre eine Odyssee von Missbrauch, Abtreibung und seelischer Gewalt durch Priester erlebt hat. Das erweckt wohl nicht nur bei mir den Eindruck, dass seitens der verantwortlichen Bischöfe jahrzehntelang vieles getan wurde, um über Missbrauchsfälle und Vergehen bewusst ein Deckmäntelchen des Schweigens zu breiten. Da sitzen wohl viele im selben Boot und schweigen.

Gepredigt wird Barmherzigkeit und Menschlichkeit, das gelebte Verhalten vieler "Würdenträger" empfinde ich jedoch als schändlich – aber immer noch zu toppen, wie wir jetzt erfahren müssen.

Aus meiner Sicht sage ich "pfui". Das Pseudonym von Frau Weißenfels aufzulösen, wie Bischof Ackermann es getan hat, ist unterste Schublade, die geäußerte Begründung dazu erschüttert mich, und es entspricht meiner absoluten Überzeugung, dass er als Missbrauchsbeauftragter der Deutschen Bischofskonferenz völlig untragbar ist. Er soll sich zu seinem Fehlverhalten bekennen (Bischof Ackermann hat sich in der Zwischenzeit entschuldigt, Anm. der Redaktion) und seinen Hut nehmen – alles andere ist meiner Ansicht nach nicht mehr glaubhaft.

Beate Just, Neunkirchen/Hunsrück

"Wir lassen uns nicht in diesen Krieg hineinziehen"

Steinmeier-Ausladung

Zum Artikel "Kiew-Reise von Bundespräsident Steinmeier ist geplatzt" (TV vom 13. April) und anderen Texten:

Was hat sich Wolodymyr Selenskyj dabei gedacht? Seit Wochen werden wir Deutsche mit immer neuen Forderungen überhäuft. Flugzeuge, Kampfpanzer, Gepanzerte Transportfahrzeuge, Hubschrauber, Artillerie, Raketen und so weiter will man von uns und der Nato. Wir sind kein Großunternehmen, welches so einfach in die Regale greift und alles liefert, was gewünscht wird. Geht es nicht nach ihren Wünschen, sind wir Deutsche kalt und gefühllos. Aber so einfach geht es nun wirklich nicht. Wir liefern, was wir können, aber irgendwo sind Grenzen aufgezeigt. Unsere Bevölkerung spendet in einem bisher nie gekannten Umfang, Hilfskonvois rollen die Ukraine.

Aber wo sind denn die Vorkehrungen der Ukrainer zu sehen? Spätestens nach der Annexion der Krim hätte man sehen müssen, dass der Russe noch mehr Appetit hat. Warum hat die Ukraine denn nicht entsprechend aufgerüstet? Wenn ich die dauernden Forderungen sehe, dann kann ich nur vermuten, dass die Depots der Ukraine leer waren. Und nun die Brüskierung Deutschlands mit der Ausladung unseres Bundespräsidenten. Das werden wir mit Sicherheit nicht vergessen. Des Weiteren zeigt das Verhalten des Ukraine-Botschafters in Deutschland, Andrij Melnyk, und dessen Kommentare eine bisher nicht gekannte Frechheit gegenüber dem Gastland. Wir lassen uns nicht vorschreiben. was wir zu tun haben. Unsere Bevölkerung verurteilt den Krieg auf Schärfste und leidet mit den Ukrainern, hilft, wo sie helfen kann. Aber wir lassen uns nicht in diesen Krieg hineinziehen.

Josef Käser, Daun

Reduziertes Tempo ist komfortabel

Tempolimit

Zum Leserbrief "(K)ein Recht auf Raserei" (TV vom 14. April):

Immer wieder diese Leserbriefe zu Tempolimits. Man darf so oder so darüber denken. Warum wollen beziehungsweise sollen immer andere von etwas überzeugt werden, was ja jeder selbst in der Hand (Tempomat) oder Fuß (Bleifuß) hat. Wer Tempolimit für gut hält, kann es ja machen. Es gibt nichts Gutes, außer man tut es. Ich habe mir jedenfalls reduziertes Tempo angewöhnt und finde es rundum komfortabel.

Christof Schmidt, Bausendorf

HINWEIS

Liebe Leserin, lieber Leser!

Haben Sie Anmerkungen zu Artikeln oder Kommentaren, die im TV erschienen sind? Dann schreiben Sie uns! Ihr Leserbrief sollte maximal 2400 Zeichen inklusive Leerzeichen lang sein. Wir behalten uns vor, sinnwahrend zu kürzen. Die Einsender sind damit einverstanden, dass ihr Name und Wohnort in der Zeitung und im Internet auf volksfreund.de veröffentlicht und archiviert werden. Geben Sie bitte Ihre Adresse und Telefonnummer an. Und so erreichen Sie uns: E-Mail: leserbriefe@

volksfreund.de; Brief: Trierischer Volksfreund, Hanns-Martin-Schleyer-Str. 8, 54294 Trier